

# Die Baugewerkschaft

Organ

des Zentral-Verbandes christlicher Bauhandwerker,  
Bauhilfsarbeiter und Steinarbeiter Deutschlands.

Herausgegeben vom Verbandsvorstande.

Geschäftsstelle: Berlin O., Rüdersdorferstr. 60. — Fernsprecher: Amt VII, Nr. 4337.

Erscheint jeden Sonntag.

Abonnementpreis pro Quartal 1,50 Mk. (ohne  
Postgebühren), bei Zusendung unter Kreuzband  
1,70 Mk.

Verbandsmitglieder erhalten das Organ gratis.

Anzeigenpreis: die viergespaltene Petitzeile 40 Pfg.

Schriftleitung:

Berlin O., Rüdersdorferstraße 60

Abonnements-Verstellungen, Anzeigen etc. sind an  
die Geschäftsstelle zu richten.

Schluss der Redaktion: Montag abends 6 Uhr.

Nummer 18.

Berlin, den 3. Mai 1908.

9. Jahrgang.

**Kollegen, setzt mit neuen Kräften in die Frühjahrsgitation ein; betreibt Bauten- und Haus-Agitation!**

## Inhaltsverzeichnis.

**Die Verhandlungen in Berlin.** — Rundschau: Der Sprachenparagraf und die ausländischen Arbeiter. Die „Ostern“ des „Bauhilfsarbeiter“. Eine drastische Charakterisierung der sozialdemokratischen Partei. Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands. Arbeiterkontrollen im Baugewerbe. — Wirtschaftliche Bewegung. — Abrechnung. — Von den Arbeitsstellen. — Literarisches. — Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte. — Verbandsnachrichten: Dortmund. Lüdenscheid. Bremen. Cottbus. Bezirk Danzig. Elten. Erfurt. Klatow. Gummersbach. Bezirk Hamburg-Mürit. Münster i. W. Neudlinghausen. Rheinhausen. Wattencheid. Eberfeld-Warmen. — Volkswirtschaftliches und Soziales. — Soziale Wahlen. — Soziale Rechtsprechung. — Briefkasten. — Bekanntmachungen. — Sterbetafel.

## Die Verhandlungen in Berlin.

Die Tage der Verhandlungen sind geschlossen und haben mit der Fällung eines Schiedsspruches geendet. Fünf volle Tage mit Einschluß des Sonntags haben sie in Anspruch genommen. Daß nach den zahlreichen Verhandlungen der letzten Zeit keine wesentlichen neuen Momente in die Verhandlungen gebracht werden konnten, ist erklärlich. Wenn sie trotzdem eine so lange Zeit in Anspruch nahmen, so ist das ein Beweis für die Zähigkeit, mit der auf beiden Seiten gestritten wurde. Dabei müssen in erster Linie die Schwierigkeiten, die in dem zentralen Charakter der Verhandlungen liegen, in Berücksichtigung gezogen werden.

Magistratsrat v. Schulz führte zu Eingang der am Donnerstag, den 23. April, begonnenen Verhandlungen den Ernst und die Wichtigkeit des Augenblicks den Parteien vor Augen. Es entwickelte sich alsdann eine hitzige Debatte über einige, seitens des Zimmererverbandes verhängten Sperren in Berlin. Das Resultat derselben ging dahin, daß sämtliche Sperren, Streiks oder Aussperrungen während der Dauer der Verhandlungen aufzuheben sind. Erster Verhandlungsgegenstand bildete Berlin. Die Arbeitgeber machten von einer Einigung für die Reichshauptstadt alle weiteren Verhandlungen abhängig. Es war wahrlich kein leichtes Stück Arbeit, die zerfahrenen Verhältnisse Berlins wieder in geordnete Bahnen zu lenken. Wenn die Arbeitgeber den heftigsten Widerstand zu erkennen gaben, so ist das nach dem Verlauf des Kampfes im Vorjahre, der gegenwärtigen klauen Konjunktur, die ihnen genügend Arbeitskräfte für niedrigere Löhne liefert, sowie den Organisationsverhältnissen, sehr wohl zu verstehen. Sie erklärten sich schließlich nach heftigem Sträuben unter Einwirkung ihrer Kollegen aus dem Lande und nach einem Vorschlage der drei Unparteiischen zur Zahlung des früheren Lohnes von 75 Pfg. für Maurer und Zimmerer und 50 Pfg. für Bauarbeiter für eine zweijährige Vertragsdauer bereit. In gleich darauffolgenden lokalen Verhandlungen wurden alsdann sämtliche Differenzpunkte erledigt und schied damit Berlin als der schwärzeste der schwarzen Punkte aus.

Als Hauptdifferenzpunkt war in fast allen Fällen die Lohnfrage geblieben. Die Arbeitgeber erklärten, daß für diejenigen Orte, wo bereits Lohnerhöhungen zugefagt seien, dieselben bestehen bleiben sollen; für alle übrigen Orte soll der alte Lohn während der zweijährigen Vertragsdauer weitergezahlt werden. Die Arbeitervertreter erklärten, von einer allgemeinen Lohnerhöhung für das zweite Vertragsjahr keinen Abstand nehmen zu können. Nach einer ausgedehnten Debatte gaben beide Parteien die Erklärung dahin ab, daß sie auf ihrem einmal eingenommenen Standpunkt beharren müßten. Damit standen die Verhandlungen vor ihrem Abbruch. Die drei Unparteiischen machten hierauf den Vorschlag, in einer aus 16 Personen bestehenden engeren Kommission die einzelnen Orte und Bezirke noch einmal zu verhandeln. Dem wurde stattgegeben. Die engere Kommission setzte in zweitägiger Beratung, Samstag und Sonntag, noch einmal die Lohnfrage in den strittigen Orten fest, und erzielte eine Uebereinstimmung in 41 Orten. Für die nunmehr noch bestehenden bleibenden Differenzen gab es nun zu ihrem Ausgleich keinen andern Weg mehr, als sie einem unparteiischen Schiedsgericht zur Entscheidung zu überweisen. In einer am Montag stattgefundenen Plenarsitzung wurde von beiden Seiten die Zustimmung zur Fällung eines Schiedsspruches seitens der drei unparteiischen Herren, Magistratsrat v. Schulz, Dr. Prenner und Dr. Wiedfeldt, gegeben. Nach längerer Beratung fällten dieselben folgenden Spruch:

Die in der heutigen Sitzung von den Bevollmächtigten der sämtlichen Beteiligten einstimmig zu Schiedsrichtern erwählten drei Unparteiischen haben einstimmig folgenden Schiedsspruch gefällt:

1. In keinem Lohngebiete darf irgend eine Verschlechterung der Lohnbedingungen eintreten.
2. In den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnerhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, sind diese Erhöhungen aufrecht zu erhalten.
3. In den Lohngebieten, wo von der zuständigen Arbeitgeber-Organisation anlässlich der gegenwärtigen Bewegung im Baugewerbe Lohnerhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, sind diese Erhöhungen ohne Einschränkungen durchzuführen.
4. In den Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 keinerlei Lohnerhöhung vorgenommen und auch nicht zum 1. April 1909 vorgesehen ist, ist mit dem 1. April 1909 der Stundenlohn um 1 Pfg zu erhöhen.
5. Für jeden Bezirk, nötigenfalls für jedes Lohngebiet, wird ein Schiedsgericht unter dem Vorsitz eines Unparteiischen durch die zuständigen Organisationen sofort eingesetzt, das die außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden hat.
6. Die Parteien haben bis Montag, den 4. Mai, vorm. 11 Uhr, dem Kollegium der Unparteiischen (Berlin, Zimmerstraße 50/51) die Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches anzuzeigen.

Berlin, den 27. April 1908.  
v. Schulz. Dr. Prenner. Wiedfeldt.  
Gründe.

Nach gründlicher Prüfung der in den Plenarverhandlungen vorgetragenen allgemeinen Gesichtspunkte, wie der in den Kommissionsberatungen geltend gemachten besonderen Darlegungen sind die Unparteiischen einstimmig zu der Ueberzeugung gelangt, daß einheitlich für das ganze Reich z. Zt. nur geregelt werden können: das am 26. März 1908 in Berlin vereinbarte Vertragschema und die Frage der Lohnerhöhung; in allen anderen Fragen spielen die besonderen Verhältnisse der einzelnen Bezirke, ja der einzelnen Lohngebiete wenigstens zurzeit noch eine derartig ausschlaggebende Rolle, daß eine Regelung durch Schiedspruch von einer Stelle aus nicht möglich ist. Da indessen auch hier von weiteren Verhandlungen kein Erfolg zu erwarten steht, bleibt nur übrig, für diese Bezirke oder Gebiete besondere Schiedsgerichte unter unparteiischen Vorsitzenden einzusetzen, die alle außer der Lohnfrage bestehenden Streitigkeiten bis zum 16. Mai d. J. endgültig zu entscheiden haben.

Für die Regelung der Lohnfrage, die bei allen Tarifschlüsseln ein doppeltes Gesicht hat, ist es unter den gegenwärtigen Verhältnissen ganz besonders schwierig, einen Standpunkt zu gewinnen, der den einander widersprechenden Interessen beider Parteien gerecht wird. Die Unparteiischen sind sich darüber völlig klar, daß infolge der gegenwärtigen ungünstigen Konjunktur die Bautätigkeit eine erhebliche Einschränkung erfahren hat, und daß diese Einschränkung, obschon für einzelne Gebiete Anzeichen einer Besserung vorzuliegen scheinen, wohl noch für die nächste Zeit andauern wird. Verschärft wird diese ungünstige Lage des Baugewerbes durch die seit länger als Jahresfrist herrschende allgemeine Geldknappheit, in deren Folge Bauarbeiter nur zu sehr lästigen Bedingungen oder überhaupt nicht zu erhalten sind; darum ist für absehbare Zeit eine wesentliche Besserung auch nicht mit Sicherheit zu erwarten. Demgegenüber ist aber als eigentümliche Begleiterscheinung der gegenwärtigen Lage nicht zu verkennen, daß die seit 3 bis 4 Jahren stark gestiegenen Preise für den gesamten Lebensunterhalt trotz der rückgängigen Konjunktur keine irgend erhebliche Ermäßigung erfahren haben, so daß sich Staaten, Städte und Privatunternehmungen im letzten Jahre trotz der ungünstigen Wirtschaftslage zu Befoldungserhöhungen, Steuererhöhungen und ähnlichem haben herbeilassen müssen. Es ist sonach nicht zu bezweifeln, daß die Kaufkraft der Löhne gegen die Zeit vor 1906 nicht unwesentlich gesunken ist.

Nach reiflicher Abwägung dieser eigenartigen und nach vielen Seiten hin sehr schwierigen Sachlage haben die Unparteiischen dahin entschieden, daß erstens in keinem Lohngebiete irgendeine Verschlechterung der Lohnbedingungen durch die neuen Vertragsabschlüsse eintreten darf.

Zweitens sind in den Lohngebieten, wo zwischen den Parteien Lohnerhöhungen für die Vertragsdauer vereinbart sind, diese Lohnerhöhungen aufrecht zu erhalten.

Drittens sind in den Lohngebieten, wo von den zuständigen Arbeitgeber-Organisationen anlässlich der jetzigen Bewegung im Baugewerbe Lohnerhöhungen schriftlich oder mündlich angeboten wurden, diese Lohnerhöhungen (Stundenlöhne, Lohnzuschläge

u. a.) ohne Einschränkungen durchzuführen. Es ist dabei gleichgültig, ob die Arbeiter die ihnen gebotenen Lohnersparnisse angenommen oder als unzureichend abgelehnt haben. Die Unparteiischen sind vielmehr der Auffassung, daß das einmal gemachte Angebot den Grad für dieses Gebiet möglichen höchsten Lohnes darstellt, und daß dieser mögliche Lohn gezahlt werden soll. Aus diesem Grunde soll bei voneinander abweichenden Angeboten das höhere maßgebend sein.

Viertens haben die Unparteiischen für alle andern Gebiete mit Rücksicht auf die ungünstige Lage des deutschen Baugewerbes von jeder Lohnerhöhung für das laufende Jahr absehen zu sollen geglaubt.

In Würdigung der eingetretenen Preissteigerung sind sie dagegen zu der Ueberzeugung gelangt, daß in allen Lohngebieten, wo nach dem 1. April 1906 der Lohn nicht erhöht worden ist, seine Kaufkraft infolge der Preissteigerung so herabgegangen ist, daß er zwar ziffermäßig, aber nicht mehr tatsächlich daselbe bedeutet, wie zu jener Zeit. Sie halten daher eine Lohnerhöhung von einem Pfg. für die Vertragszeit vom 1. April 1909 ab für das Mindeste dessen, was nötig ist, um dem Lohnempfänger wenigstens im allgemeinen wieder die gleiche Kaufkraft zu geben, die er vormals hatte.

Die Unparteiischen sind lange im Zweifel gewesen, ob sie die im Verhältnis zu anderen Städten auffallend niedrigen Löhne, für die als besonders teuer bekannten Städte Frankfurt a. M., Wiesbaden und Mannheim nicht um zwei Pfg. mit dem 1. April 1909 erhöhen sollten. Sie haben indessen, um die Einstimmigkeit des Schiedsspruches zu wahren, und um seine Annahme angesichts der hier bei den Verhandlungen hervorgetretenen schwierigen Verhältnissen nicht in besonders hohem Maße zu gefährden, beschlossen, von einer ausdrücklichen Vorbehalt dieser Erhöhung abzusehen und sich darauf zu beschränken, sie dem zuständigen Arbeitgebersverbande nachdrücklich zur freiwilligen Durchführung zu empfehlen.

Die Unparteiischen sind der einseitigen Ueberzeugung, daß sie durch diesen Schiedsspruch der eigenartigen schwierigen Lage möglichst sorgsam und nach beiden Richtungen hin gerecht abwägend Rechnung getragen haben, und daß er den zurzeit einzig für beide Parteien gangbaren Mittelweg darstellt. Sie verstehen dabei freilich nicht, daß beide Parteien sehr erhebliche Schwierigkeiten haben werden, diesen Schiedsspruch überall bei ihren Parteigenossen zur Annahme zu veranlassen. Sie richten aber die dringliche Bitte an die Führer und Bevollmächtigten beider Parteien, mit allen Kräften überall für seine Annahme einzutreten, denn nur auf diesem Wege kann der Friede im deutschen Baugewerbe erhalten und vermieden werden, daß die zurzeit ungünstige allgemeine wirtschaftliche Lage im deutschen Baugewerbe durch einen großen, über das ganze Reich übergreifenden und in seinen Folgen unübersehbaren Kampf noch mehr erschüttert und außerordentlich verschärft wird. Die Unparteiischen geben sich endlich der Gewissung hin, daß, wenn fest auf diesem Wege ein Vertrag für große Gebiete des Reiches zustande kommt, damit eine geeignetere Grundlage geschaffen ist, auf der im Jahre 1910 bei hoffentlich wesentlich günstigerer Wirtschaftslage ein weiterer gedächlicher Ausbau nach dem Ziele hin erfolgen kann, durch einen Reichsvertrag im gesamten deutschen Baugewerbe geordnete Arbeitsverhältnisse zu schaffen.

Beide Parteien erklärten, für die Durchführung des Schiedsspruches einzutreten. Die Arbeitgeber haben bereits in ihrer am vergangenen Dienstag stattgefundenen Generalversammlung dazu Stellung genommen, das Resultat konnten wir jedoch nicht mehr mitteilen. Seitens der Arbeiter sind, da sich ja allgemeine Versammlungen infolge der Kürze der Zeit nicht mehr arrangieren lassen, in den einzelnen Orten und Bezirken Konferenzen der Vertrauensmänner und Lohnkommissionsmitglieder für kommenden Sonntag angesetzt, wo sie über Annahme oder Ablehnung des Schiedsspruches zu befinden haben. Hoffentlich sind sie sich des Ernstes der Situation bewußt. (Eingehender Bericht folgt.)

## Rundschau.

**Der Sprachenparagraf und die ausländischen Arbeiter.** In einer Zuschrift an das „Berliner Tageblatt“ kritisiert der bekannte Nationalökonom Professor Hugo Bretano die Haltung der linksliberalen Parteien bei der Verabschiedung des Reichsvereinsgesetzes und bezeichnet ihre bezügl. der Erweiterung des Koalitionsrechtes im Reichstage gefällten Anträge als Anträge des schlechten Gewissens. In eingehender Weise kennzeichnet er die Widersinnigkeit, die in dem heutigen Zustande der Koalitionsfreiheit liegt, die auf der einen Seite aufhebt was sie auf der anderen gibt; ebenso die ungleichartige Anwendung der Strafbestimmungen gegen Arbeiter und gegen Arbeitgeber.

„Alle diese Gefahren,“ so fügt er, nachdem er die Zustände des bestehenden Zustandes erläutert hatte, hinzu, „welche den Gebrauch des Koalitionsrechtes seitens der deutschen Arbeiter bedrohen, werden nun ins Unberechenbare durch den § 7 des Vereinsgesetzes vergrößert. Auf welche Weise sollen deutsche Arbeiter auf fremdsprachige Arbeitswillige einwirken, wenn ihnen verweigert wird, durch Personen, welche deren Sprache kennen, in Versammlungen zu ihnen zu reden? Sobald eine Arbeitsfreistellung in Gebieten ausbricht, in denen die Vertreter des Staates der nationalen Arbeit nichtsahnende Arbeitswillige aus dem Ausland systematisch heranziehen, ist die Zunahme von Gewalttätigkeiten zu erwarten, hierauf das Wiederanstreben des Verlangens nach einer Zuchtanstalt und als Folge eine Verschärfung aller der Gegenstände, ohne deren Milderung auf das Niveau des friedlichen Interessenkampfes die Zukunft unserer Volkswirtschaft bedroht ist.“ Man wird dem Herrn Professor zustimmen müssen; die sozialen Gegenstände werden verschärft werden, und der geistliche Zustand wird geradezu als Anreiz zur Heranziehung fremdsprachiger Arbeiter dienen. Aber das macht ja den Großindustriellen die Sache gerade schmackhaft, daß sie der Anständer als „Züchtungsmittel“ der deutschen Arbeiter auf Grund des Sprachparagraphen desto sicherer sind. Diesen und anderen Kreisen sind daher die Ausführungen Brentanos sehr unbecom. So schreibt beispielsweise die „Neuzeitung“:

„Die deutschen Arbeiter, die auf fremdsprachige Arbeitswillige (in Zeiten von Arbeitermangel oder Arbeitsnot) freundlich einwirken, dürfen nur in der Phantasie des Münchener Professors zu finden sein. Brentanos Ausführungen sind Wasser auf die Mühlen der Sozialdemokraten, deren Zentralorgan sie im wesentlichen abdruckt.“

Mit diesen Verdächtigungen kann die Sache nicht abgetan sein. So einseitig schreibt nur der, dem auch der geringste persönliche Zusammenhang mit der Arbeiterbewegung abgeht. An Stelle sachlicher Einwände, die allerdings auch nicht beizubringen sind, muß der Bauwart mit der Sozialdemokratie treten. Das „Ding“ ist denn nachgerade doch so abgetreten worden, daß eine ernsthaft sein wollende Zeitung darauf verzichten sollte.

**Die „Opfern“ des „Bauhilfsarbeiter“.** Die Religionsfeindschaft der sozialdemokratischen Gewerkschaftspropaganda ist bekannt und von uns des Öfteren in eingehender Weise beleuchtet worden. Die offene Hervorkehrung dieser Feindschaft hat der sozialdemokratischen Gewerkschaftspropaganda nicht immer Vorteil gebracht, und ist daher allmählich eine Veränderung eingetreten, jedoch wohlgerichtet, nicht in dem einmal eingenommenen Standpunkt, sondern in der Taktik. Die plumpen Angriffe auf die Religion sowie ihre Verächtlichmachung unterlassen allmählich eine Reihe von sozialdemokratischen Gewerkschaftsblättern, versuchen aber dafür um so eifriger die Grundfeste des Materialismus in möglichst geschickter und unauffälliger Weise unter den Arbeitern zu verbreiten. In letzterem zählt auch neuerdings der „Grundstein“. Welche Art des Kampfes gefährlicher ist, dürfte unklar zu entscheiden sein: der offene Angriff wie bei dem, der noch Religion im Herzen besitzt, den Widerstand wagt; anders ist es jedoch bei einer leise zurückhaltenden Taktik, die Tropfen um Tropfen, gleich einem schleichenden Gift, dem Unwissenden einträufelt. Wir müssen daher dieser neuen Taktik, dieser veränderten Kampfmethode der sozialdemokratischen Gewerkschaftspropaganda und Presse, unsere Aufmerksamkeit in ungewohnter Nähe zuwenden. Wie die wahre Meinung dort besteht, davon sagt der „Bauhilfsarbeiter“, Organ des sozialdemokratischen Bauhilfsarbeiterverbandes, erneut Zeugnis ab in seinem Charakteristik „Religiöse Übergelehrten“. Nachdem er in der Einleitung sich eine Schmähung nicht verschaffen will, erlaubt er sich, indem er sie als „gläubigen Wahn“ bezeichnen begreift, die nur leben, um ihn und ihr Geschlecht zu erhalten, und daher der Feiertrags und Feste bedürfen, um sich anzuhornern, schreibt er u. a.:

„Der moderne Proletarier hat den alten Wanderglanten ein Erlöschen und Untergang abgekehrt. . . Der organisierte, der vorwärtsdringende Proletarier bedarf der Feste nicht, mit denen das Ausbrennen ihm seine Klagenlage verschleiern müßte. Der elektrische Strom, das Sausen der Dampfmaschinen, das Hammern und Surren der Maschinen, das brutale Gebaren seiner ungenannten Arbeitgeber — der Kapitalismus mit seiner Lohnarbeit hat ihm das anergogene Christentum radikal entzogen. Er weiß, seit ein paar tausend Jahren hatten über den Erdball die Kirchenglocken und ertönten den Heißes, und fromme Biblen Seiten mitlesen: „Gib uns unser tägliches Brot“ und jeden Morgen kreibt ihn die Sorge an die Körper und Geist vernichtende Schmarbeit, und nimmer reicht der Lohn für sein tägliches Brot. Woher soll ihm da Osterbrände und Festsummen kommen? Ihm ist ein solcher Tag ein Feiertag, an welchem er neue Waffen für den Klassenkampf findet. . . . es muß doch auch für uns Festtage werden, ohne Übergelehrte. Hier auf der rechten Erde jenseit uns Allmächtiger Natur den Frühlingsschaub. Und Oheern — daß! eine Sage, die hand verlungen wäre, bräuteten sie nicht die herrschenden Klassen, von das Volk, den großen Himmel — wie Deine sagt — darzustellen. . . . eine alte Sage, womit Kinder und Gläubige getöschelt werden. Der Proletarier braucht keinen Trost — was er braucht, ist Menschenfreudigkeit für den Klassenkampf.“

Wir freuten mit den herrschenden Klassen um die Freude unserer Arbeit. Ständen sie uns zur Verfügung, so hätte das Christentum nicht die wirtschaftliche Bedeutung als Werkzeug einer langen und traurigen Winterzeit für uns. Nun tönt es uns wieder entgegen: **Christi ist erstanden!**

Wo ist Christus, der uns vor dem Hunger der Reichen schützt? Wo ist der Christus, der das Bleichen der Wangen unserer Kinder, das Strecken unserer Frauen hindert? Welcher Engel wägt dem Proletarier den Stein von des Grabes Florie, daß es erheben kann aus Nacht zum Licht, aus Verdunklung zum Licht? Niemand. Sein Gott und kein Christ. Unter Gott, unser Christ, unser Helfer und Schirmer.

**Das sind wir vereint mit dem Klassenbewußten Proletariat der Erde, das sind unsere proletarischen Kampforganisationen!**

So sieht die „Opfern“ des „Bauhilfsarbeiter“ aus. Sie ströht von Dummheit, Borniertheit und Haß. Und was hat der „Bauhilfsarbeiter“ an Stelle des Christentums zu setzen? Er wint mit der Vergesellschaftung des Privatbesitzes — mit dem „Zukunftstaat“. Leider jedoch aber der nämliche „Bauhilfsarbeiter“ im vorigen Jahre, daß der „Zukunftstaat“ nach in unabweisbarer Form gegeben werde, und daß ihn die jetzige Generation wohl kaum erleben werde. Das nennt man „Trost“ spenden. Dem Arbeiter wird der Trost, den er in der Religion findet, geraubt, geben tut man ihm nichts dafür. Wohl aber erzielt man ein hohes Maß an Gehorsam, dessen Früchte die Beamten des „Bauhilfsarbeiterverbandes“ sahen bei so mancher Gelegenheit in unliebbarer Weise ernten mußten. Was sagen die Bauhilfsarbeiter, die noch auf gläubigem Boden stehen, hierzu? Die Antwort kann nur lauten: hinaus mit dieser religionsfeindlichen und volksverderbenden Gesellschaft, mit ihr kann es keine Gemeinschaft geben!

**Eine drastische Charakterisierung der sozialdemokratischen Partei vollzieht die „Einigkeit“, das Organ der anarchosozialistischen Gewerkschaftsrichtung in ihrer Nr. 16 vom 18. April. Sie schreibt u. a.:**

„Für die Schwächlinge und Feigen ist die Partei (die sozialdemokratische P. R.) nichts anderes als ein Unterschlupf, damit sie sich verstecken können, um in gemeinsamem ohnmächtigem Born die Häuser zu ballen und über die Unhaltbarkeit der Zustände zu diskutieren, welche „natürlich“ die Zukunft ganz von alleine beiseite!“

Eine Million schwächlicher Feiglinge wird kein Volkwerk zusammenrationalisieren, von dem aus die Zukunft sich erobert werde. . . . Eine Million vereinigter Schwächer, die talentlos zusieht, wie die Reaktion Stein auf Stein zu der Zwingburg ihrer Entrechtung und Verflüchtung aufstürzt, und die während und mit verschärkten Händen zusieht und — abwartet, bis der Bau der Reaktion so hoch sein wird, daß er von selbst zusammenstürzt — eine solche Organisation der vereinigten Schwäche kann die Gegenwart nicht beherrschen, um die Zukunft zu bewahren! Diese Million bleibt die blöde Herde für den Schäfer Kapitalismus. . . . Eine Schar von solchen, gedankenlosen Mitläufern kann nun und nimmermehr eine Partei bilden, deren Aktion der Gegenwart maßgebend wird für die Kultur der Zukunft.

Der wirklich höher stehende Mensch, der denkende und ansehnlichere, beeinflusst stets den stupiden. Die selbstverleugnenden Vollmenschen brauchen durchaus nicht an Zahl in der Majorität sein gegenüber den unselbständigen Herdenmenschen, um die Führung der Kulturbewegung zu ergreifen, sie müssen nur in der Partei aufschlagend sein — und das ist leider in der sozialdemokratischen Partei ganz und gar nicht der Fall. In der Partei wird blindlings nachgesprochen und nicht nachgedacht! In der Partei herrscht das verächtliche heidnische Verdrängen zu der höheren Einsicht und dem höheren Willen der Führer. Diese Führer stehen als Einzelne entweder unter dem Kommando von den berühmten „Größen“, oder sie stellen vereinzelt unter einer willensschwachen Masse, die nachhinkt, wo vorgelassen wird. Häßte die Partei nur eine Million Sozialisten, so wäre die greifbare nahe Zukunft des Proletariats gesichert, während heute, wo es genügt, Beiträge zu zahlen und die Zimmer mit Führerbildern zu schmücken, die sozialdemokratischen Hurzulaufherren, eine Meisenherde flumpflüchtiger Einzelnere, welches der Hochmut der Reaktion vorzugesetzt sind!“

Solche Urteile werden auch dadurch nicht schmalkhafter, wenn sie aus Fremdenmühen kommen; und die „Einigkeit“ regnet sich auch zur Sozialdemokratie.

Der Zentralverband der Steinarbeiter Deutschlands hielt in den Tagen vom 6. bis 12. April im Gewerkschaftshaus in Berlin seinen dritten Reichstagskongress ab. Den Geschäftsbericht erstattete der Verbandsvorsitzende Strauß; wir entnehmen derselben folgenden: Die Mitgliederzahl ist von 18402 im Jahre 1906 auf 19175 im Jahre 1907, somit um 773 oder 4,2 Prozent gestiegen. Im Verband bestehen 151 Parteigruppen und hier sind die Umwandlungen. Die Kampferhältnisse gestalteten sich sehr ungünstig: die Einnahmen betrugen 469.649,20 M gegen 204.575,20 M im Jahre 1906. In der Gesamtschau ist ein Betrag von 92.845,55 M als Krankenunterstützungsfonds entstanden. Rechnet man diese Summe ab, dann ist eine Steigerung von 8,7 Prozent zu verzeichnen. Die Aufgaben für Agitation sind um 2188,41 M im Berichtsjahr gestiegen oder um 22,8 Prozent. Das Verbandsorgan „Der Steinarbeiter“ erscheint in einer Auflage von 24000 Exemplaren. Die Diskussion zum Geschäftsbericht, zu der sich nicht weniger als 49 Redner gemeldet hatten, fand unter dem Zeichen der verständlichen Kritik, Streit und Anfeindungen beherrschte der Redakteur Straußinger in einem klaren Vortrag. Er empfahl die Einführung von Tarifverträgen nach Überzeugung. Über den vierten Punkt der Tagesordnung referierte Gauleiter Biering. Wesentlich neue Gedanken enthält der Vortrag nicht, aber um so viel mehr hochtönende Worte und Phrasen. Teilweise wäre es Biering gelungen, den ganzen Verbandstag zu blamieren. Sehr langsam wurde es einem annehmen, als Festsatz Erklärung mit seiner Kritik an den „Kampfer“ einleitet, die Christlichen seien auf laßlichem Wege, die Religion wäre bei wirtschaftlichen Fragen aufzugeben u. a. m. Auf demselben Verbandstag aber wurden dem Delegierten ein Satz als Anzeichen zu einem Vorgehenspreis von einer Mark verlesen, in welchem die kirchliche Kirche als schmerzliches Verhängnis hingestellt und der freien Liebe das Wort geredet wird. Gott wird eine unbekannte Größe genannt, vor dem man nicht weiß, wie er ist, was er ist usw. Wo bleibt hier die religiöse Neutralität? Die Behauptungen des Gauleiters Biering sind durch den Verbandstag in ganz trefflicher Weise widerlegt worden, so daß wir uns dieses erparen können.

Das Referat des Gauleiters Walter über Organisation beschränkt sich hauptsächlich um innere Verbandserformen. Sehr lange läßt man sich um die Einführung der Gewerkschaftsunterstützung, hat aber zu dem Satz, daß selbige aus finanziellen Gründen vorläufig noch nicht eingeführt werden könne. Beschlossen wurde für Bayern einen weiteren Beamten anzustellen. Die Verhandlungen nahmen nicht weniger als 6 Tage in Anspruch.

**Arbeiterkontrollen im Baugewerbe.** Ueber gültige Erfahrungen, die man in Bayern mit der Hinzufügung von 2.000 Metern der Arbeiter bei der Überwachung der Bauarbeiten bestimmen gemacht hat, berichten die Jahresberichte der bayerischen Gewerbeaufsichtsbeamten für das Jahr 1907. Solche von den Gemeinden angeforderte „Bauaufsicht“ gibt es zum Teil in Bayern 68. Der den Einzelberichten voranzugehende Generalbericht bemerkt zusammenfassend, daß in der Hauptstadt München diese Bauaufsicht gut bemerkt hat. Man auch der größte Einfluß derselben nicht direkt durch das Stauen der Umfälle in Bayern nachweisbar ist, so könne dem aus der großen Zahl der Bauarbeiten und der dabei eintretenden Verletzungen auf eine Verbesserung der Unfallkatastrophen unmittelbar beim Bau geschlossen werden. Die Vermehrung dieser Bauaufsicht wäre nach dem Generalbericht besonders in München und in anderen Städten zur zu begründen. Im einzelnen nennt der Bericht für den Bezirk Oberbayern, zu dem auch München gehört, von den Gemeinden: „Mit ihrer Tätigkeit sind die Gemeinden in Bayern am meisten zufrieden, und es ist anzunehmen, daß sie weiterhin zur Verbesserung der Unfallkatastrophen beitragen werden. Die Bauaufsicht jedoch, wenigstens in München, verhalten sich ablehnend und hatten diese Bauaufsicht ihre Dienstleistungen abgewiesen, ihre Tätigkeit für nicht erforderlich.“ Der Bericht für Unterbayern bemerkt: „An den Stellen, wo die Bauaufsicht durch die Gemeinden nicht vorhanden ist, soweit die Annehmlichkeit der Bauaufsicht aus dem Arbeiterstande gegeben war, im allgemeinen zufriedigende Verhältnisse.“ Und der Beamte für den Bezirk Schwaben urteilt: „Die angeforderten Bauaufsichten, von denen jedoch dem Arbeiterstande entnommen sind, haben sich gut verhalten. Die Urteile der unparteiischen Beamten sind dem Inhalt der Arbeiterkontrollen also durchaus günstig.“ Das ist demnach ein Voranschritt dazu, auch in den übrigen Bundesstaaten die Einführung der Arbeiterkontrollen zu drängen.

**Wirtschaftliche Bewegung.**

Zugunsten: Weizenbrot i. G., Ausperrung Maurer Zimmerer und Bauhilfsarbeiter. Geprert ist das Baugewerkschaftsorgan in München, Ostpr.

**Bezirk Karlsruhe.**

**Strasbourg.** (Eipser.) Die Lage der ausgesparten Arbeiter in Strasbourg ist unbedeutend. Es wurde bis jetzt keine Einigung erzielt, trotz aller gemachten Vorschläge. Dreimal fanden, nachdem die Unternehmer den Tarif gelündigt hatten, Verhandlungen statt, aber niemals konnte man zu einem annehmbaren Resultat gelangen. Für erstklassige Arbeiter wollen die Arbeitgeber einen Normallohn von 55 Pf. pro Stunde und für nächstes Jahr einen Prozent Aufbesserung geben. Ferner wollen sie die Arbeiterarbeit einführen, dafür aber Preise zahlen, daß es unmöglich ist, auf einen Tagelohn zu kommen; z. B. für Beton-Deckung und Sandung pro Quadratmeter 0,24 Mk., auch die anderen Positionen sind so weit heruntergesetzt. Von den beiden Organisationen sind 120 Kollegen am Kampfe beteiligt. Die Stimmung der Ausgesparten ist eine gute; Streikbewegungen sind keine zu erwarten. Das Baugewerkschaftsorgan ist zur Einigung geneigt. Kollegen, steht treu zur Organisation und haltet den Zugunsten. Alle für einen und einer für alle.

**Bezirk Südbayern.**

**München.** Was vor wenigen Jahren im Bezirk noch kaum für möglich erschien, ist heute eingetroffen. Anstelle der isolierten Orte treten heute mit einheitlichen Bedingungen für mehrere Orte oder ganze Bezirke. Während der am 31. März 1908 abgeschlossene Tarifvertrag für das Baugewerbe München nur auf das engere Stadtgebiet sich erstreckte, hat der neu abgeschlossene Vertrag außer der Stadt noch für 26 an München angrenzende Gemeinden Gültigkeit. Für die Orte Planegg, Gauting, Gräfelfing, Starnberg, Seefeld und Feldafing wurden im Laufe des letzten Jahres lokale Tarife abgeschlossen. Derselben hatten wohl manches Verwandte, wiewohl aber trotzdem ziemlich erhebliche Unterschiede auf. Die Unterhändler im Baugewerbe vorstehender Orte folgten dem Rat des Deutschen Arbeitgeberbundes f. d. B. und schlossen sich als Unterverbände dem Verbandsverbande für das Baugewerbe Südbayern an. Der Unterverband „Bemüht“ sich aber auch zugleich, würdig in die vom Bund vorgezeichneten Fußstapfen einzutreten. Derselbe Verband die Tarife und legte den Arbeitnehmerverbänden einen „Kaufkraftindex“ vor. Dieser „Kaufkraftindex“ schied sich durch Länge und große Ähnlichkeit mit dem Münchener Tarifvertrag aus. In seinen Grundzügen hat er bezüglich der Arbeitszeit und des Lohnes sich an dem den bayerischen Verhältnissen angeschlossen. Der Tarifvertrag lautet: „Brot“ bezieht darin, daß er sich auf das ganze Verbandsgebiet Starnberg erstrecken sollte. Am 16. April fanden im Gemeindehaus Starnberg unter dem Vorsitz des Herrn v. Sambaschdorff die Verhandlungen zwischen dem Baugewerkschaftsverband München und dem Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe Südbayern statt. In diesen waren, außer unserer Organisation auch die der Bauarbeiterverbände vertreten. Nach unersinnlichen Verhandlungen, die von beiden Seiten mit ziemlich großer Geduld abgelehnt wurden, kam ein bis 31. März 1910 gültiger Tarif zustande; unter Vorbehalt der Genehmigung des Deutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe. Der bisherige Lohn betrug für Maurer und Zimmerer in den Orten Planegg, Gauting, Gräfelfing und Seefeld 47 Pf., in den Orten Starnberg, Feldafing und Seefeld 43 Pf.; für Bauhilfsarbeiter 40 bzw. 36 Pf., die Arbeitszeit war eine 9 1/2stündige, bei 10stündiger Lohnzahlung. Der nunmehr abgeschlossene und seit 13. April in seinem materiellen Teil in Kraft getretene Tarif erstreckt sich auf die Gemeinden Planegg, Gauting, Gräfelfing und Seefeld, außerdem auf die sämtlichen im Verbandsgebiet Starnberg gelegenen 40 Gemeinden. Die Arbeitszeit beträgt innerhalb des Verbandsgebietes 9 1/2 Stunden pro Tag (im Wintermonat entwarf war 10stündige Arbeitszeit vorgezogen) bei 10stündiger Lohnzahlung. Der Lohn beträgt in den erst genannten Orten für Maurer und Zimmerer 59 Pf., ab 1. April 1909 51 Pf. pro Stunde, im Bezirk Starnberg 46 Pf. bzw. 47 Pf. pro Stunde, für Bauhilfsarbeiter 40 bzw. 41 und 39 bzw. 40 Pf. In der Folge wurden verhandelt: für Oberbayern 10 Pf., für Niederbayern, Arbeiter an Bau- und gewerblichen Anlagen 20 Pf. pro Stunde, für Arbeiter mit imprägniertem Holz, Kreosol, Karbolsäure 5 Pf. pro Stunde, für Arbeiter im Wasser 10 Pf. pro St., für Kleinstellen 10 Pf. pro St., bei Überlandarbeiten von 4 Kilometer Entfernung täglich 50 Pf., und Gewährung des täglichen Jahrgeldes, wo Übernahmen notwendig, ist mindestens täglich 1 M Zuschlag und wöchentlich freie Hin- und Rückfahrt zu gewähren. Die übrigen Paragraphen sind dem Münchener Tarif entnommen. Bei Schlichtung von Streitigkeiten über prinzipielle Fragen sind von den vier beteiligten Arbeiterorganisationen je ein Vertreter in der Kommission vertreten. Dieser Tarifschluß ist von ziemlich weittragender Bedeutung, hat er doch heute schon Orte erbeutet, bei denen noch vor wenigen Jahren hergegangen wären, bis die Vertragsidee sich Bahn gebrochen hätte. — Dank sei auch an dieser Stelle dem Vorsitzenden der Verhandlung Herrn Bezirksamtsassessor Hünlein (Starnberg) gesagt, welcher manche ansehend unüberbrückbare Klippe, die sich bei den Verhandlungen zeigte, als gangbar zu gestalten verstand.





Verwaltungsstelle	Anzahl Mitglieder	Einnahme										Ausgabe									
		Sofortige		Zins- u. Dividenden		Einnahme		Zinsen		Sonstige		Zinsen		Sonstige		Zinsen		Sonstige			
		1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912	1911	1912		
213 Reiffe	83	40	6	555.45	18.30																
214 Reiffstadt	102	58.11	256	482.85	102																
215 Oberrhoden	29	14.05		135.00																	
216 Oppeln	100	60.07	22.50	697.50	158.10				42.70												
217 Badre	41	55.51		176.50																	
<b>Summa</b>	<b>1027</b>	<b>82.49</b>	<b>92</b>	<b>681.31</b>	<b>533.20</b>				<b>60.60</b>												
<b>Bezirk Siedersdorf</b>																					
218 Siedersdorf (M.)	152	401.93	4	158.45	179.55				93.80												
219 Siedersdorf (B.)	49	61.35	2	418	13.50				14.20												
220 Siedersdorf (M.)	81	138.89	50	580.50	5.10				30.20												
221 Siedersdorf (B.)	66	16.02	21.50	461.50																	
222 Siedersdorf (M.)	17	6.70	5.50	55.65	13.20																
223 Siedersdorf (B.)	33	25.98	14	324.10	7.00				3.10												
224 Siedersdorf (M.)	91	108.87	25	52.37	41.20				2.80												
225 Siedersdorf (B.)	692	415.45	41.50	912.55					64.90												
226 Siedersdorf (M.)	18	13.01		291.50																	
227 Siedersdorf (B.)	288	62.35	40.50	15.15	40.25				83.30												
228 Siedersdorf (M.)	39	35.37	6.50	358.55					39.20	15.95											
229 Siedersdorf (B.)	64	34.70	7	312.00	135				47.30												
230 Siedersdorf (M.)	31	6.69	5.50	272.35					10.30												
231 Siedersdorf (B.)	18		1	111.77																	
232 Siedersdorf (M.)	36	22.61	1.50	277.00	12.40				16.90												
233 Siedersdorf (B.)	19	7.02	50	118.75	180																
<b>Summa</b>	<b>1728</b>	<b>1408.74</b>	<b>176.50</b>	<b>1702.57</b>	<b>516.00</b>				<b>401.90</b>	<b>18.84</b>	<b>269.80</b>	<b>1994.40</b>									
<b>Bezirk Paderborn</b>																					
234 Paderborn	184	155.83	3.70	1351.30	259.40				29.80	4.65		1837.15	1443.89								
235 Paderborn	11	64.15	30	40.75	3.50							109.20	38.57								
236 Paderborn (M.)	155	978.46	32.50	1994.13	65.10							3659.91	2294.25								
237 Paderborn (B.)	32	100.76	1	396.50	89.50							588.06	378.61								
238 Paderborn (M.)	30	127.72	15	472.20	109			5.70				729.62	531.29								
239 Paderborn (B.)	38	144.99	3.50	432	111				7.75			699.21	438.04								
240 Paderborn (M.)	29	39.33	1.50	156.45	22.50							699.21	438.04								
241 Paderborn (B.)	37	27.00	8	183.50	29.70					8.50		522.11	139.69								
242 Paderborn (M.)	134	125.18	2	1534.95	402.30							240.20	165.77								
243 Paderborn (B.)	47	36.43		353.60								1973.58	1371.78	55.05							
244 Paderborn (M.)	17		8.50	70								390.03	305.65								
245 Paderborn (B.)	25	50.97	2	204.45	65.60				5.10			328.12	225.10								
246 Paderborn (M.)	31	6	4	147	21.60							178.60	149.94								
247 Paderborn (B.)	91	36.13	8.50	670.50								709.13	577.15								
248 Paderborn (M.)	23	34.39	2	155.50	34.50							709.13	577.15								
249 Paderborn (B.)	26	31.95	3.50	185.85	68							226.79	168.68								
250 Paderborn (M.)	121	47.21	9.50	755.95	139.70							290.10	221								
251 Paderborn (B.)	27	46.02		157.15	76.10							1091.36	845.07								
252 Paderborn (M.)	63	190.15	7	480.70	131.60							267.27	191.53								
253 Paderborn (B.)	147	138.67	6.50	1492.55	410.55			6.00	95.20			869.15	516.15								
254 Paderborn (M.)	101	201.45	8	761.30	162.80			23.60				2153.37	1641								
255 Paderborn (B.)	55	248.39	1	402.50	79.10					2.47		1220.15	688.46	65.20	12.60	28					
256 Paderborn (M.)	73	73.42	2	516.20	114.60							733.36	393.98		29.70	104					
257 Paderborn (B.)	55	15.39	1.50	497.85	131							717.22	545.31								
258 Paderborn (M.)	203	214.99	33	2417.15	517.50			32.20	395.55			645.74	348.36								
259 Paderborn (B.)	31	19.51	1.50	208.75	29.10							3616.30	2281.94	20	61.75	56					
260 Paderborn (M.)	31		1	270.50	65.60							258.86	207.82								
261 Paderborn (B.)	73	115.27	9	626.56	111							349.39	296.07								
262 Paderborn (M.)	13	44.62		120.85	12							861.77	651.50								
263 Paderborn (B.)	31	13.73	2	162.65	54.30				8.40			177.47	78.73								
264 Paderborn (M.)	25	25.51		218	54.25							241.08	194.26								
265 Paderborn (B.)	82	416.53	2.50	900.95	235.45			114.70				292.76	235.13								
266 Paderborn (M.)	51	48.95		394.45	93.75							537.15	429.07								
267 Paderborn (B.)	31	83.36	1	250.05	77.70							412.11	251.03								
<b>Summa</b>	<b>2257</b>	<b>1954.29</b>	<b>181.50</b>	<b>18834.45</b>	<b>4482.80</b>			<b>5.70</b>	<b>251.65</b>	<b>610.82</b>	<b>8.59</b>	<b>23327.71</b>	<b>19645.69</b>	<b>140.25</b>	<b>124.65</b>	<b>329</b>	<b>20.92</b>				
<b>Bezirk Posen-Schlesien</b>																					
268 Posen	32	19.20	50	231.85	32.50							284.05	214.25								
269 Posen	10	5.21	50	30								35.71	24.00								
270 Posen	32	65.30	2.50	205.43	14.10							296.35	171.41								
271 Posen	110	258.10	8.50	1106.40	236.20			7.80				1611	966	51.10	82.60						
272 Posen	53	67.29	1.50	321.70	1.46							391.82	273.01								
273 Posen (M.)	114	431.69	2.50	857.20	123.30							1414.69	617.68	16.40	95.23	93					
274 Posen (B.)	41	274.03	1.50	228.15	94.5							514.03	199.75		11.90						
275 Posen (M.)	60	75.17	6	473.40	96.60							695.92	461.81	40.55	2						
276 Posen (B.)	87	92.02	11	611.10					36.50			780.62	519.43		22.50						
277 Posen (M.)	24	91.50	3.50	109.15	26.80				10.70			241.65	111.82		33.60						
278 Posen (B.)	33	164.70	50	206.95					5.10			377.25	179.25								
279 Posen (M.)	197	2.22	8	955	109.60			35.10				1112.92	864		24.55						
280 Posen (B.)	17	163.90		108.10	18.75							230.55	104.15		8						
281 Posen (M.)	10	4.92		45.10	9.45							59.47	46.74								
282 Posen (B.)	77	48.21	4	450.10	24.90				28.90			555.81	415.71								
283 Posen (M.)	211	663.35	14.50	1829.00	501.70			127.90				2967.05	1750.92	110.97	7.80						
284 Posen (B.)	34	206.26	50	269.10	49.60			2.40	13.15	781.35		1262.36									

Main financial table with columns for 'Einnahme' (Income) and 'Ausgabe' (Expenditure) across various administrative locations like Markt Oberdorf, Memmingen, etc.

\*) Die Mitgliederzahl ist die des 4. Vierteljahres.

A. Verwaltungsstellen.

Table A: Verwaltungsstellen. Columns: Einnahme, Ausgabe, Bilanz. Rows: An Kassenbestand am 30. Juni, Eintrittegebühren, etc.

B. Hauptkasse.

Table B: Hauptkasse. Columns: Einnahme, Ausgabe, Bilanz. Rows: An Kassenbestand am 30. Juni 1907, Aus den Verwaltungsstellen, etc.

Table C: Detailed expenditure list under 'Ausgabe'. Rows: a) Verbandsorgan, b) Agitation, c) Unterstüßungen, d) Verwaltung. Includes items like 'Für Satz, Druck, Papier und Expedition'.

Von den Arbeitsstellen.

News articles from various locations: Berlin, Dresden, Mailand, St. Gallen, Wiesbaden, etc., reporting on accidents and local events.

Literarisches.

Articles and notices: 'Anleitung zur Inanspruchnahme des deutschen Vereins- und Versammlungsgesetzes', 'Der Arbeiterschnupfen im Bergbau', etc.

Continuation of news and reports, including 'die Vertrauensmänner', 'Die durch Gesetz im Jahre 1905 im preussischen Bergbau eingeführten Arbeiterschnupfen', etc.

Rundschau auf dem Wirtschaftsmarkte.

Die Börsegeknobelle. — Vom Geldmarkt. — Der Arbeitsmarkt.

An der Börse hat sich diesmal der Oberhafe recht fröhlich... Die Börse hat sich diesmal der Oberhafe recht fröhlich... Die Börse hat sich diesmal der Oberhafe recht fröhlich...

Sie würde mit Freunden meinem festere Optimismus in Bezug auf die Ernteausichten des Garans machen! — Neulich wurde im Anhang an Bericht aus Einzelgewerben...

Verbandsnachrichten.

Berichte über wichtige Versammlungsbeschlüsse und sonstige Vorkommnisse sendet man sofort an die Redaktion des Fachorgans.

Stukkatoren.

Donnerstag. Unsere Mitgliederversammlung, welche am Donnerstag stattfand, besaßte sich unter anderem mit dem Ergebnis der Verhandlungen...

Lädenbesitzer.

Lädenbesitzer, den 22. April 1903. Am 2. Oktober fand unsere erste Generalversammlung statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Abrechnung vom 1. Quartal...

Maurer.

Bremen. Am 7. April fand unsere Generalversammlung statt. Der Bericht derselben war ein sehr guter. Zunächst berichtete der Vorsitzende den Jahresbericht...

in vergangenen Jahre verhältnismäßig befriedigend, so wie sie in diesem Frühjahr sehr stark. Das Verhältnis der Lohnentlastung...

Conwig.

Conwig. Unsere Jahrmittel hielt ihre regelmäßige Versammlung ab, welche trotz des überaus schönen und erfreulichen Frühjahrs sehr gut besucht war...

Bezirk Danzig.

Bezirk Danzig. (Die Christlichen als „Streikbrecher“ in Meise) Laut Bericht des „Grundstein“ im Nr. 13 ist das Baugewerkschaft des Zimmermeisters Schutz in Meise vom sozialdemokratischen Maurerverband am 22. März gesperrt worden...

Gen. Auf der Tagesordnung unserer diesjährigen Generalversammlung stand 1. Jahresbericht, 2. Vorstandswahl. Zu Punkt eins erstattete der Kassierer Kollege Gooßmann Bericht...

einen Vortrag über die Entstehung der Organisation. Nachdem der neue Vorsitzende den neuen Vorstand ernannt hatte, fleißig mitzuarbeiten, wurde die glänzend verlaufene Versammlung durch denselben geschlossen.

Erfurt, 21. April 1908. Die Drohungen und Gewaltmaßnahmen gegen unsere junge Erfurter Zählstelle nehmen fortwährend zu. Vor kurzem wurde einem Vorstandsmitglied unserer Ortsverwaltung das Werkzeug beiseitegeschafft, heute wieder die Welle und Hammer. Wir haben nun seit einiger Zeit herausbekommen, wer den Hammer beim vorletzten Male eingemauert hat; es war der Baubelegierte Bruno S. Derselbe, der beim Revidieren der Mitgliedsbücher zwecks Verbandszugehörigkeit zu unserem Vorstandsmitglied sagte: „Entweder überschreiben lassen, oder —“. Heute melden sich zwei Zeugen, die das bestätigen. Es ist fürwahr traurig, wenn ein Arbeiter gegen den andern Arbeiter geschwungen ist, den Mann anzugreifen. Wir haben dies bei aller Unbill bisher unterlassen, sobald jedoch der Täter des letzten Schurtzschreies entlarvt ist, werden wir den ersten und den letzten mal zum Nachdenken bringen.

Stawow, den 12. April 1908. Nachdem es am 6. März auch hier an der äußersten Grenze Westpreußens gelungen ist, eine Zählstelle zu gründen, galt es nun auch die Fernstehenden noch für uns zu gewinnen. Zu diesem Zweck hielten wir am 12. d. Mts. nochmals eine Versammlung ab, in der Kollege Müller aus Danzig uns einen lehrreichen Vortrag über die kulturelle Bedeutung der christlichen Gewerkschaften hielt. Durch diese überzeugenden Ausführungen sind die bereits organisierten Kollegen innerlich noch mehr gestärkt, auch die noch Fernstehenden sind zu der Ueberzeugung gelangt, daß auch sie nicht länger abseits stehen können bleiben, sondern hineingehören in den Zentralverband christlicher Bauhandwerker. Der Vorstand besteht aus folgenden Kollegen: Vorsitzender Satzgewski, Kassierer Hattenort und Schriftführer Ernst Diller.

Gummersbach, den 2. April 1908. Nach langer Wintersruhe fängt es auch in der hiesigen Zählstelle sich wieder an zu regen; heute war die erste Frühjahrsversammlung, zu der auch Bezirksleiter Kollege Lange erschienen war. Derselbe berichtete über das Ergebnis der bisherigen Tarifverhandlungen, die mit großer Spannung von den anwesenden Kollegen aufgenommen wurden. Zum Schluß wurde noch beschlossen und hiermit den Kollegen zur Kenntnis gebracht, daß fortan die Monatsversammlungen wieder jeden ersten Donnerstag im Monat sind. In nächster Zeit findet noch eine große Versammlung statt. — Kollegen von Rumbrecht und Umgegend, die ihr bald das Feld eurer Tätigkeit auffucht, vergeßt es nicht, euch in der Zählstelle Gummersbach anzumelden. Wir sind dieses Jahr nicht allein; wir haben schon verschiedene Kollegen hier, welche an unserer guten Sache mehr Interesse haben, wie es bei uns bis jetzt der Fall war, und die uns in der Agitation eifrig zur Seite stehen werden. Darum auf, Kollegen, an die Arbeit für die Organisation.

Bejtel Hamburg-Mörs. In der Generalversammlung zu Neumühl erstattete der Bezirksleiter Pfeffer Bericht über die bereits stattgefundenen Verhandlungen in Essen mit den Arbeitgebern des Baugewerbes. Alsdann wurde die Vorstandswahl getätigt. Aus derselben gingen folgende Kollegen hervor: Joh. Günther als erster und Ant. Foot als zweiter Vorsitzender; als erster Schriftführer Wilh. Reßmann, als zweiter K. Bös; als erster Kassierer wurde wiedergewählt Anton Verhöben und als zweiter H. Röber; als Revisoren die Kollegen W. Wolf und H. Klüver. Zu Kartelldelegierten wurden Reßmann und Klüver gewählt. Den Jahresbericht erstattete Kollege Schneider. Es wurden abgehalten 27 Mitgliederversammlungen, davon besucht vom Beamten 21. Delegiertenkongressen nebst Vorstand und Baubelegierten fanden 13 statt. An Neuaufnahmen waren 117, an Aufnahmen zum zweiten Male 23, Uebertritten aus anderen Organisationen waren 38 zu verzeichnen. Die durchschnittliche Mitgliederzahl ist 94. Die „Freien“ kommen im Jahresdurchschnitt auf 46 Mitglieder. Die Gesamtsumme betrug sich auf 2185,40 M. Diese Summe wäre bedeutend höher, hätten die Kollegen, welche abreiten, alle ihre Winterbeiträge hier gezahlt. Es gilt hier noch mehr das Baubelegiertenwesen auszubauen und die Beitragszahlungen pünktlicher vorzunehmen. Gibt es doch viele Kollegen, wie das auch in den übrigen Zählstellen anzutreffen ist, die schon vier Wochen hier arbeiten, sich aber nicht anmelden. Hier muß Wandel geschaffen werden. Den Kollegen, welche treu mitgearbeitet haben, sei hierdurch bester Dank ausgesprochen, wir hoffen, daß dieselben auch ferner treu zur Fahne halten und die Zählstelle in diesem Jahre noch um eine bessere Höhe bringen. In Bruchhausen wurde in diesem Frühjahr eine eigene Zählstelle gegründet, welche rüstig vorwärtsfährt. Zum Vorsitzenden wurde Joh. Scheibelhut, zum Kassierer Georg Wegner und Steinbach, als Schriftführer Leo Faust, als Vertrauensmann Fritz Schmidt gewählt. — Mögen sich auch hier die Kollegen bewußt sein, mehr mitzuarbeiten an dem Ausbau unserer Zählstelle. In Marzlohe wurde ebenfalls der Vorstand neugewählt. Zum Vorsitzenden wurde Kollege Peter Schneider, zum Kassierer Joh. Heingmann gewählt, der Schriftführer Albert Hülbe waltet seines Amtes weiter. Auch hier sind viele Kollegen, welche es nicht für nötig halten, sich anzumelden, obwohl dieselben hier schon längere Zeit arbeiten. Darunter leidet auch der Versammlungsbesuch. In Mörs und Pinslaken finden noch die Generalversammlungen statt.

Münster i. B. (Ein „einzigsvoller“ Stadtbaurat.) Ende März d. J. wurden seitens der Stadtverwaltung den hiesigen Handwerksmeistern die Stundenlohnsätze zur Einsicht zugezandt. Derselben enthielten für Maurer eine Reduzierung von 63 auf 60 Pf., für die Bauhilfsarbeiter von 53 auf 50 Pf. und für die Pfisterer von 70 auf 65 Pf. Eine Begründung dieser Reduzierung war nicht beigegeben. Ein Vorstandsmitglied des Arbeitgeberverbandes für das Baugewerbe wurde daraufhin bei dem Stadtbaurat Mertens vorstellig und erklärte, daß sie die Reduzierung nicht anerkennen könnten; seitens der Arbeitgeber sei keine Lohnreduzierung beabsichtigt, und erwarteten sie daher auch von der Stadt Münster, daß sie der Abstand nehmen möge. Daraufhin erklärte Herr Baurat Mertens, das solle nicht die Arbeitgeber, sondern die Gesellen und Arbeiter treffen. Sie (die Stadt) wolle bei den Unternehmern anfangen, diese sollten dann damit den Druck auf die Arbeiter ausüben und den Lohn um 3 Pf. reduzieren. Damit wäre der Anfang zu einer Lohnreduzierung im benachbarten Baugewerbe gemacht und andere Städte könnten dann folgen. — Wirklich, das soziale Herz des Herrn Baurats Mertens ist zu bewundern. Aber an solche Leute verliert man nicht gern viele Worte. Grimmig wollen wir nur daran, daß bezüglich der Staatsfiskalität v. Behrman-Hollweg auf dem Deutschen Handeltagskongress die Erhaltung der Kaufkraft eine Währung der Krise bedeute. Das ist ja selbstverständlich, nur dem Herrn Baurat Mertens scheint dieser Gedanke noch nicht gekommen zu sein. Seine Ratsschläge werden daher auch von wenig Wirkung begleitet sein. Wir möchten nur das Gesicht des Herrn Baurats sehen, wenn in der angestrebten feineren Zeit die Steuerzahler auf Grund ihres niedrigeren Einkommens eine Reduzierung des Gehalts des Herrn Baurats beantragen; und wenn das weiter zum Vorbild für andere Städte dienen sollte. Das wäre schätzenswert und einmal so schön, da es nicht, wie bei dem Arbeiter, das notwendige zum Leben treffen würde.

Necklinghausen. Die Verwaltungsjahre Necklinghausen hatte im vorigen Jahre, trotz der ungunstigen Konjunktur, Fortschritte zu verzeichnen. Die Mitgliederzahl stieg von 556 auf 1051. Die Zahl der verkauften Beitragsmarken betrug 37836 (29960 im Vorjahr), durchschnittlich wurden 26 Marken geliebt. An Extrabearbeitern 632 oder 6 Stück pro Mitglied. Von aufgenommen

wurden 747 (657). Von den sozialdemokratischen Verbänden ließen sich 80 überschreiben. Neue Zählstellen wurden zwei gegründet, in Marl und Datteln. Auch in den Kassenverhältnissen ist eine Besserung eingetreten. Die Einnahmen betrugen insgesamt 25 623,65 M. (17 047,55 M.), davon für Extrabeiträge 2867,40 M. Das Lokalkassenvermögen ist von 3143,41 M. auf 4999,49 M. gestiegen. Das Gewerbegericht mußte in 35 Fällen in Anspruch genommen werden, davon erbeten 28 Sachen mit Erfolg. Die Schlichtungskommission hielt 7 Sitzungen ab, an denen 23 Kollegen beteiligt waren. Der Versammlungsbesuch ließ in allen Orten zu wünschen übrig.

Rheinhausen. Am Sonntag, den 29. März, hielt unsere Zählstelle ihre erste öffentliche Versammlung mit folgender Tagesordnung ab: Die gegenwärtige Lage im Baugewerbe und der Tarifbruch der Arbeitgeber in Friemersheim-Hochemmrich. Kollege Schilling sprach zunächst über die gegenwärtige Lage im Baugewerbe; wie daselbe durch die wirtschaftliche Krise schwer geschädigt werde, und wie die Arbeitgeber es verstanden, diese zu ihren Gunsten auszunutzen, wie man allseits die Wahrnehmung machen könne, daß die Löhne der Arbeiter reduziert würden, selbst an den Orten, wo noch Verträge bestehen bis zum Jahre 1909. Aber nicht allein die Krise habe das Baugewerbe niedergeworfen, sondern der ungeheure Bau- und Hypothekenschwindel, sowie die Schmutzkonkurrenz der Arbeitgeber trage den größten Teil der Schuld an der ungunstigen Lage im Baugewerbe; ebenso habe die Baupfandkreditation einen guten Teil daran. Diese Tendenz müsse eine Reduktion der Löhne und eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen mit sich bringen, ebenfalls zur Steigerung der Unfallgefahr wesentlich beitragen. Hierbei komme es dem Arbeitgeber nicht mehr bei der Leistung auf die Qualität sondern auf die Quantität an; auf den Baustellen herrsche dann kein Arbeiten mehr, sondern unmenschliches Schuften. Auch in Rheinhausen-Hochemmrich seien diese Mißstände vorherrschend, hier sei es Pflicht der Arbeiterjchaft, diesen Mißständen zu steuern, dies könne aber nur durch eine gute gewerkschaftliche Organisation geschehen. Zum Schluß seines einstündigen Vortrages forderte er sämtliche Kollegen auf, an der Beseitigung der Mißstände regen Anteil zu nehmen und für eine immer weitere Ausdehnung unserer Organisation zu sorgen. In diesem Zusammenhang war eine sehr rege, fast alle Irraden sich im Sinne des Referenten aus. Bei dem zweiten Punkte „Tarifbruch der Arbeitgeber“ wurde eine scharfe Kritik denselben gegenüber geführt. Im Jahre 1907 schlossen die freien Verbände mit dem Arbeitgeberverband von Friemersheim-Hochemmrich einen Vertrag nach der Unterlage des Duisburger Vertrages ab, und sollten am 1. März 1907 einen Stundenlohn von 45 resp. 55 Pf. erhalten. Leider schaltete man unsere Organisation aus. Die Arbeitgeber haben erklärt, wenn eine bessere Konjunktur eintrete, wollten sie gern 56—57 Pf. zahlen. Eine schöne Bestätigung! Ob die Herren von der roten Seite sich damit zufrieden geben? Es scheint fast so, denn am 1. März sollte der Lohn erhöht werden, jetzt sind schon fünf Wochen verstrichen und noch immer werden die Klassenlöhne nach Willkür der Unternehmer gezahlt, jetzt, wo man nicht in der Lage ist, allein fertigzuwerden, scheint man sich auch der Christlichen erinnern zu wollen; es ist mal immer so die Art des Genossen Kamin gewesen. Ja, man vertritt auf den Baustellen, wo überwiegend Genossen arbeiten, die Ansicht, bei der schlechten Konjunktur müsse man sich ins Unvermeidliche fügen, müsse eben herhalten. Die Stimmung auf den Arbeitsstellen ist infolge der lauen Haltung und Vertretung nicht die rosigste. Alle in der Versammlung anwesenden Kollegen waren der Ansicht, daß hier etwas unternommen werden müßte, und erklärten sich alle bereit, an der Durchführung des Vertrages mitzuarbeiten, trotzdem ein großer Teil unserer Kollegen 55 Pf. Lohn erhält. Nach einer kurzen Aufforderung, in eine rege Agitation für unseren Verband einzutreten, schloß der Vorsitzende mit einem donnernden Hoch auf unseren Verband die anregend verlaufene Versammlung.

Wattenscheid. Unsere diesjährige Generalversammlung fand im Lokale des Herrn Schäfer statt. Die Tagesordnung lautete: 1. Kassenbericht, 2. Vorstandswahl, 3. Lokaltwahl, 4. Verschiedenes. Kassierer Schlotterhose gab den Kassenbericht, welcher allseitige Anerkennung fand und ein Zeichen reger Tätigkeit bot. Der Bericht wurde auf seine Richtigkeit geprüft und dem Kassierer Entlastung erteilt. In den Vorstand wurden wieder resp. neugewählt: Kollege Franke als erster, Gillebrand als zweiter Vorsitzender; Schlotterhose als erster, Schmitt als zweiter Kassierer; Glasner als erster, Kuttwege als zweiter Schriftführer; als Revisoren Andrejewski und Hoffmann. Zu Delegierten Franke und Schlotterhose, für Kolportage Schmitt und Glasner. Das Lokal Schäfer wurde einstimmig wiedergewählt. Im Punkt Verschiedenes wurde der Beschluß der Delegierten in Bochum, daß neuaufgenommene Mitglieder 1,50 M. Eintritt, diejenigen Kollegen, die zum zweiten Male dem Verband beitreten wollen, außerdem noch neun Wochenbeiträge nachzuzahlen haben, einstimmig angenommen. Unser Vorsitzende hielt darauf einen kleinen Vortrag über die gegenwärtige Situation im Baugewerbe. Unter anderem wurde Kenntnis genommen von den bis jetzt resultatlos verlaufenen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberbund in Essen. Es wurde allgemein der Wunsch geäußert, daß die ferneren Verhandlungen einen günstigeren Verlauf nehmen möchten zum Wohle der Allgemeinheit. Ferner wurde ein Artikel der „Wattenscheider Zeitung“, der von dem Arbeitgeberbund eingekauft war, bekanntgegeben, welcher dazu ansetzt, die Schuld an den resultatlos verlaufenen Verhandlungen den Arbeitern bzw. deren Organisationen beizumessen, und so die öffentliche Meinung auf irrtümliche Fährte zu leiten. Sodann richteten Kollege Andrejewski und Hugelst noch einige Worte an die Versammelten, den Beschlüssen der Organisation strikte Folge zu leisten. Mögen diese Worte in den hiesigen Bauhandwerkerkreisen nicht ungehört verhallen. Mit einem Appell an die Kollegen, nach besten Kräften an dem Weiterausbau unserer Organisation zu arbeiten und die Versammlungen zu besuchen, schloß unser Vorsitzender um elf Uhr die Versammlung.

Fliesenleger. Ebersfeld-Warmen. Am 16. April, mitten in der Zeit, wo die Gemüter durch die Tarifverhandlungen in großer Spannung sich befinden, hielten wir unsere diesjährige Generalversammlung ab, welche gut besucht war. Die Tagesordnung umfaßte 1. Jahresbericht, 2. Kassenbericht, 3. Neuwahl des Vorstandes, 4. Kartellbericht. Den Jahresbericht erstattete Kollege Krieger; aus demselben ist zu entnehmen, daß die Mitgliederversammlungen stets gut besucht waren. Das Verteilen der „Baugewerkschaft“ wurde dahin geregelt, daß jedes Mitglied nach den Ortsnummern an die Reihe kommt; die Warmer Kollegen erhalten dieselbe als Drucksache. In Punkt Soziale Wahlen und Agitation müssen wir uns noch mehr anstrengen und wollen zu diesem Zwecke die monatlichen Vertrauensmännertreffen besuchen. Auch den Arbeitsnachweis müssen unsere Kollegen mehr in Anspruch nehmen; es ist dieses für uns jetzt um so leichter, da wir seit kurzem Telefonanruf an unser Sekretariat haben. Die Tarifverhandlungen der anderen Berufe verfolgen wir mit lebhaftem Interesse und hoffen einen guten Abschluß, was denn auch schon für unsere nachfolgenden Tarifverhandlungen von gutem Einfluß wäre. Den Kassenbericht erstattete Kollege Wolf. Erfreulicherweise können wir hierzu berichten, daß die Mitgliedsbücher in Bezug auf Beitragszahlung, mit einer Ausnahme, in bester Ordnung sind; auch die Extrabeitragsmarken sind prompt gezahlt worden. Fünf Kollegen haben sich uns im Laufe des Jahres noch angeschlossen. Nach dem Bericht der Revisoren, welche die Kasse und die Buchführung in bester Ordnung gefunden hatten, wurde dem Kassierer auf Antrag Entlastung erteilt. Hierauf nahm der Vorsitzende Gelegenheit, unserm

Lokalbeamten, Kollegen Preuß, für seine treue Mitarbeit zu danken. Nachdem der Vorsitzende noch den übrigen Kollegen und Vorstandsmitgliedern für ihre treue Mitarbeit und festes Zusammenhalten gedankt hatte, wurde zur Wahl des Vorstandes geschritten. In den Vorstand wurden gewählt bzw. wiedergewählt: Kollege Krieger als erster, Kollege Wald als zweiter Vorsitzender, Kollege Wolf als erster, Kollege Sauerbier als zweiter Kassierer, Kollege Michel Krieger als erster, Kollege Ernst Krieg als zweiter Schriftführer, zu Revisoren wurden die Kollegen Weiland und August Krieg gewählt. Die Kollegen nahmen die Wahl dankend an. Nachdem der Kartellbericht und noch verschiedene Angelegenheiten erledigt waren, wurde die so schön verlaufene erste Gen.-raiberammlung geschlossen.

### Volkswirtschaftliches u. Soziales.

Aus dem Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamts für das Jahr 1907. Die Unfallversicherung umfaßte 20,7 Millionen Versicherter. Es wurden 663 053 (1906: 645 583) Unfälle gemeldet, für 144 410 (1906: 139 726) Unfälle erstmalige Entschädigungen festgesetzt und insgesamt 150,8 Mill. M. (1906: 142,4 Mill. M.) an Entschädigungen gezahlt. Bei 417 957 Beschädigten sind 70 957 Verurteilungen eingelegt, neben denen über 21 050 Urträge auf anderweitige Festsetzung der Rente von den Schiedsgerichten zu entscheiden war. Beim M.-R.-M. waren 28 332 Naturje anhängig, von denen 19 604 neu erhoben und nur 18 188 erledigt wurden, so daß 1416 mehr als im Vorjahre unerledigt blieben. Maßregeln zur Abstellung dieses Mißstandes sind nach dem Bericht in Aussicht genommen. In 4480 Fällen (19 Proz. der Naturje der Versicherter, 52,7 Proz. der Naturje der Berufsgenossenchaften, 27,5 Proz. aller Naturje) wurde das Schiedsgerichts Urteil ganz oder teilweise geändert.

Auf dem Gebiete der Invalidenversicherung sind bis Ende 1907 2 053 942 Renten (1907: 1 345 661 Renten), von denen Anfang 1908 noch 978 950 fortgezahlt wurden, und 2 031 069 Beitragsleistungen festgesetzt und etwa 172 Mill. M. (1906: 166 Mill. M.) Entschädigungen gezahlt. Die Einnahme an Beiträgen betrug 178 Mill. M., darunter 163,5 Mill. M. aus dem Rentenverkauf (1906: 169 und 155,9 Mill. M.), das Vermögen der Verf.-Anstalten und Kasseneinrichtungen 1398 (1906: 1315) Mill. M. Von 181 858 Beschädigten in Rentensachen wurden 25 923 durch Berufung an die Schiedsgerichte, von den Entscheidungen der letzteren 5555 durch das Nachsichtmittel der Revision angegriffen. Erledigt wurden: 6323 Revisionen; davon 5799 durch Urteil und zwar 4548 durch Bestätigung, 1251 durch Umänderung oder Aufhebung der Schiedsgerichtsentscheidung. („Der Versicherungsbote.“)

### Soziale Wahlen.

Solingen. Am Sonntag, den 5. April, fand die Ersthauptwahl der Vertreter zur Generalversammlung der Ortskrankenkasse statt. Die christlich-nationalen Krankenkassenmitglieder haben sich zum ersten Male an der Wahl beteiligt und einen glänzenden Wahlerfolg erzielt. Es wurden für die Liste des Ausschusses für Arbeitervertreterwahlen und soziale Angelegenheiten 326 gültige Stimmen abgegeben. Der Solinger Industriearbeiterverband mit 7000 Mitgliedern brachte dagegen nur 232 Stimmen auf (ein Teil derselben ist in Fabrikkrankenkassen), die Liste der freien Gewerkschaften erhielt 414 Stimmen. Mit 88 Stimmen Mehrheit siegte also die Liste der sozialdemokratischen Gewerkschaften über die christlichen Gewerkschaften. Man hörte bis heute nur, im Solingen sei für die Christlichen kein Arbeitsfeld, die Zahlen beweisen das gerade Gegenteil. Die schätzbare Kampfesweise, die die Genossen kurz vor und während der Wahl betrieben, spottete aller Beschreibungen. Da der Vorsitzende der christlich-sozialen Metallarbeiter keine Wahlbeeinflussung dulden wollte, und er sich das verbat (die Genossen wollten keine anderen Stimmzettel in den Händen der Ausländer sehen als rote), da wurden die Herren Genossen und „Freiheitskämpfer“ handgreiflich. Sie warfen den genannten Vorsitzenden auf den Boden, und nur der Besonnenheit der christlichen Betreiberverteiler ist es zu danken, daß nicht weitere Tätlichkeiten zu verzeichnen sind. — Auf, ihr christlich gesinnten Arbeiter, werde ein jeder ein Agitator für unsere gute Sache, und wir werden auch zu dem Ziel kommen, das wir uns hier gesetzt haben, nämlich die Gewaltherrschaft der Sozialdemokratie zu brechen.

### Soziale Rechtsprechung.

Kündigung bei Akkordarbeit. Mühlhausen i. G. Zwei Parteien, der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, hatten vereinbart, daß das Arbeitsverhältnis sofort ohne vorherige Kündigung aufgelöst werden könnte. Die Vereinbarung erhielt aber den Zusatz, „daß die Akkordarbeiter verpflichtet seien, den angefangenen Akkord fertigzustellen.“ Mäßer hat die Arbeit ohne Kündigung verlassen, der Beklagte bestand auf Fertigstellung der Akkordarbeit. Das Gewerbegericht beurteilte den Beklagten (Arbeitgeber), da der Zusatz, die Akkordarbeit müsse unbedingt fertiggestellt werden, rechtsunwirksam sei. Nach § 122 der Gewerbeordnung könne zwar eine andere Kündigungsfrist als die gesetzlich vereinbart werden, jedoch müsse dann die neue Bedingung für beide Teile gleich sein. Der fragliche Zusatz wäre eine Verschiebung zugunsten des Arbeitgebers und daher unzulässig.

### Briefkasten.

Nach Königswalde. Soweit uns bekannt, die Firma Holzmann u. Co. in Frankfurt a. M.

### Bekanntmachungen.

Achtung! Ebersfeld. Die Kollegen, die nach Ebersfeld-Warmen zureisen, werden ersucht, den Arbeitsnachweis zu Ebersfeld, Wilhelmstraße 33, zu benutzen. J. A.: Josef Preuß.

Achtung! Ebersfeld. Der Arbeitsnachweis für zureisende Kollegen befindet sich beim Kollegen Wagner, Paulusstraße 42.

Achtung! Ingolstadt. Der Kassierer, Kollege Ludwig Wagner, wohnt jetzt Unteren Graben 18.

Achtung! Köln. Die Telefon-Nr. ist von jetzt ab 3210. (Auschnitten und aufbewahren.)

### Sterbetafel.

Am 14. April starb unser Mitglied Gustav Rothmans im Alter von 28 Jahren infolge eines Unfalls (Dachdecker). Zählstelle Dortmund (Dachdecker).

Am 18. April starb unser Mitglied Friedrich Schultze im Alter von 65 Jahren an Wasserhucht. Zählstelle Neustadt i. W.

Am 21. April starb unser Mitglied Johann Kesper im Alter von 23 Jahren an Lungenschwindsucht. Zählstelle Ebersfeld.

Chre ihrem Andenken!